

Systemwidrige Vorsteuer-minderungen durch den Fiskus?

Unterscheidung zulässiger und unzulässiger Fälle!



Wilke Schnitger, Steuerberater

Ein Unternehmer kann die Umsatzsteuer für Umsätze, die an ihn ausgeführt wurden, als Vorsteuer ziehen. Dabei ist ein Preisnachlass, der die Bemessungsgrundlage mindert, reduzierend bei Umsatzsteuer und Vorsteuer zu berücksichtigen. Dieses gilt auch bei Sachverhalten, in denen der Preisnachlass an einen Unternehmer nicht vom direkten Lieferanten gewährt wird, sondern von einem Lieferanten der Vorstufe.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach Urteilen des Europäischen Gerichtshofs das System der Umsatzsteuer darauf angelegt ist, nur der Endverbraucher wirtschaftlich mit der Umsatzsteuer zu belasten. Für Unternehmer, die auf den Produktions- und Vertriebsstufen vor der Endverbrauchsstufe tätig sind, hat die Umsatzbesteuerung somit neutral zu sein.

Zielsetzung bei diesem Vorgehen ist es, dass dem Fiskus aus allen Umsatzgeschäften von der Herstellung bis zum Endverbrauch nur der Umsatzsteuerbetrag zufließt, den der Endverbraucher letztlich wirtschaftlich aufwendet.

In der Praxis sind solche Fälle z.B. im KFZ-Handel gegeben. Hier gewähren die Hersteller Rabatte an die Kunden freier Händler bei dem Kauf eines Neufahrzeugs.

Fraglich ist folgende Fallkonstellation: Der Vorlieferant liefert an den mittleren Unternehmer steuerfrei z.B. im Rahmen einer innergemeinschaftlichen Lieferung. Der mittlere Unternehmer liefert steuerpflichtig an den folgenden Unternehmer. Der Vorlieferant gewährt einen Preisnachlass an den folgenden Unternehmer.

Auch hier versucht der Fiskus, mit Verweis auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sowie der daraus abgeleiteten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs den Vorsteuerabzug zu kürzen. Hierbei wird jedoch nicht beachtet, dass eine abweichende Fallgestaltung vorliegt.

Bei einer Minderung des Vorsteuerabzugs liegt hier nach unserer Auffassung ein

Verstoß gegen das Prinzip der Neutralität der Umsatzsteuer bei Geschäften zwischen Unternehmen vor, da aufgrund der Steuerfreiheit der innergemeinschaftlichen Lieferung des Vorlieferanten keine Reduzierung der Umsatzsteuer gegeben sein kann.

Auch deckt der Wortlaut des Gesetzes eine solche Handhabung nicht. Nach dem Umsatzsteuergesetz „ist der Vorsteuerabzug bei dem Unternehmer, an den dieser Umsatz ausgeführt wurde, zu berichtigen“ soweit „sich die Bemessungsgrundlage für einen steuerpflichtigen Umsatz im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 geändert“ hat.

Da sich jedoch die Bemessungsgrundlage der steuerfreien innergemeinschaftlichen Lieferung geändert hat, kann keine Berichtigung des Vorsteuerabzugs erfolgen. Eine solche Berichtigung erfolgt nur, soweit bei einer steuerpflichtigen Lieferung eine Änderung der Bemessungsgrundlage gegeben ist. Folgerichtig kann es nach unserer Auffassung lediglich bei einem unveränderten Steuerabzug bleiben, um das Neutralitätsprinzip zu gewährleisten.

Wilke Schnitger | wilke.schnitger@obic.de

VOSS SCHNITGER STEENKEN BÜNGER & PARTNER

Die Berater unter einem Dach.

VOSS SCHNITGER STEENKEN BÜNGER & PARTNER

STEUERBERATER • RECHTSANWALT • VEREIDIGTE BUCHPRÜFER • WIRTSCHAFTSPRÜFER

OBIC REVISION GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT



Besuchen Sie uns auf www.obic.de

oder in 26129 Oldenburg • Ammerländer Heerstraße 231 • Telefon: 0441 · 9716 · 0
Beratungsbüros in Oldenburg • Bremen • Remels (Ostfriesland) • Twist (Emsland)

